

Landeshauptstadt Magdeburg - Der Oberbürgermeister -		Drucksache DS0419/07	Datum 23.08.2007
Dezernat: II	FB 02	Öffentlichkeitsstatus öffentlich	

Beratungsfolge	Sitzung Tag	Behandlung	Zuständigkeit
Der Oberbürgermeister	11.09.2007	nicht öffentlich	Genehmigung (OB)
Gesundheits- und Sozialausschuss	19.09.2007	öffentlich	Beratung
Jugendhilfeausschuss	20.09.2007	öffentlich	Beratung
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	20.09.2007	öffentlich	Beratung
Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik	26.09.2007	öffentlich	Beratung
Ausschuss für Bildung, Schule und Sport	09.10.2007	öffentlich	Beratung
Ausschuss für Umwelt und Energie	02.10.2007	öffentlich	Beratung
Ausschuss für Familie und Gleichstellung	16.10.2007	öffentlich	Beratung
Kulturausschuss	17.10.2007	öffentlich	Beratung
Ausschuss f. Stadtentw., Bauen und Verkehr	25.10.2007	öffentlich	Beratung
Verwaltungsausschuss (Stellenplan 2008)	02.11.2007	öffentlich	Beratung
Finanz- und Grundstücksausschuss	23.11.2007	öffentlich	Beratung
	24.11.2007		
Stadtrat	06.12.2007	öffentlich	Beschlussfassung

Beteiligungen	Beteiligung des	Ja	Nein
	RPA		x
	KFP		x
	BFP		x

Kurztitel

Haushaltsplan 2008

- Haushaltssatzung 2008
- Finanzplan bis 2011
- Stellenplan 2008

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

1. die Haushaltssatzung 2008 mit dem Haushaltsplan 2008 und den Anlagen,
2. den Finanzplan 2007 – 2011,
3. den Budgetvorschlag des Verwaltungshaushaltes,
4. den Budgetvorschlag des Vermögenshaushaltes,
5. die Investitionsprioritätenliste 2008 – 2011,
6. den Stellenplan 2008.

Pflichtaufgaben	freiwillige Aufgaben	Maßnahmenbeginn/ Jahr	finanzielle Auswirkungen			
			JA	X	NEIN	
X						

Gesamtkosten/Gesamtein- nahmen der Maßnahmen	jährliche Folgekosten/ Folgekosten (Beschaffungs-/ Herstellungskosten)	Finanzierung Eigenanteil (i.d.R. = Kreditbedarf)	Objektbezogene Einnahmen (Zuschüsse/ Fördermittel, Beiträge)	Jahr der Kassenwirk- samkeit
	keine			
Euro	Euro	Euro	Euro	

Haushalt				Verpflichtungs- ermächtigung				Finanzplan / Invest. Programm			
veranschlagt:	Bedarf:			veranschlagt:	Bedarf:			veranschlagt:	Bedarf:		
Mehreinn.:				Mehreinn.:				Mehreinn.:			
				Jahr	Euro			Jahr	Euro		
davon Verwaltungs- haushalt im Jahr	mit	Euro		davon Vermögens- haushalt im Jahr	mit	Euro					
Haushaltsstellen				Haushaltsstellen							
				Prioritäten-Nr.:							

Termin	31.03.2008
--------	------------

federführender FB 02	Sachbearbeiter Frau Jürgens	Unterschrift FBL
-------------------------	--------------------------------	------------------

verantwortlicher Beigeordneter	Unterschrift	Herr Zimmermann
-----------------------------------	--------------	-----------------

Begründung:**1. Verwaltungshaushalt****1.1 Gesamtschätzung**

Für die Haushaltsplanung 2008 wurde abweichend zu den Vorjahren kein Eckwertebeschluss vorgelegt, der im Finanz- und Grundstücksausschuss sowie in den jeweiligen Fachausschüssen beraten werden musste. Die Vorgaben für die Fachbereiche/-ämter erfolgten aufgrund einer Verfügung des Oberbürgermeisters vom 08. Mai 2007 zu den Mittelanmeldungen für die Aufstellung des Haushaltsplanes 2008 unter Berücksichtigung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes 2007 – 2011.

Als Grundlage für die Erarbeitung des Haushaltsplanentwurfes 2008 wurden die Drucksache 0086/07 (Zustimmungsbeschluss zu den kommunalaufsichtlichen Entscheidungen des LVwA vom 02.02.2007 zur Haushaltssatzung 2007 der LH MD) i.V.m. der Information I0053/07 (Anordnung einer Haushaltssperre) und die Drucksache 0126/07 (Untersetzung der Konsolidierungsvorgaben) herangezogen.

Die Budgetvorgaben lt. Anlage 1 und 2 der Verfügung des OB zur Haushaltssperre, die langfristige Finanzplanung 2007 – 2015 sowie die beschlossenen Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen bilden die Rahmenbedingungen für die Mittelanmeldungen 2008 und es erging die Aufforderung, diese in der mittelfristigen Entwicklung strikt einzuhalten, damit der Haushaltsausgleich entsprechend des langfristigen Finanzplanes im Jahr 2015 erfolgen kann.

Hierauf aufbauend wurden gemäß der Verfügung des Oberbürgermeisters zur Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes 2008 die Mittelanmeldungen von allen Fachbereichen und Ämtern termingerecht beim Fachbereich Finanzservice eingereicht.

Am 15. Juni 2007 erhielt die Landeshauptstadt Magdeburg den Runderlass zur Haushalts- und Finanzwirtschaft der Haushaltsjahre 2007 und 2008 mit Hinweisen zur Haushaltsplanung und zur mittelfristigen Finanzplanung der Jahre 2007 bis 2011 (Orientierungsdatenerlass ODE).

Nach der Erfassung aller Daten ist im Verwaltungshaushalt ein Fehlbedarf von 104.624,5 Tsd. EUR zu verzeichnen. Ausgehend von einem Fehlbetrag in Höhe von 112.454 Tsd. EUR aus der mittelfristigen Finanzplanung von 2007 für 2008 ist eine Minderung um 7.830,5 Tsd. EUR entstanden. Dies begründet sich aus Einnahmeerhöhungen, die höher sind als die Steigerungen der Ausgaben u.a. die Erhöhung des Gemeindeanteils an den Gemeinschaftssteuern um 5.209,0 Tsd. EUR, die Erhöhung der FAG-Zuweisungen durch das Land um 4.314,0 Tsd. EUR, Zuweisungen vom Land für die Ausgaben im KiFöG (Kinderförderungsgesetz) sowie für Sonderausstellungen um 1.584,0 Tsd. EUR und für KFA (Kommunaler Finanzausgleich) um 2.047,0 Tsd. EUR, um ausgewählte Beispiele zu nennen.

Ausgabeerhöhungen sind zu verzeichnen für den sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand (2.556,0 Tsd. EUR), für Erstattungen von Ausgaben des Verwaltungshaushaltes - KFA (3.479,0 Tsd. EUR), für Leistungen der Sozialhilfe (1.027,0 Tsd. EUR), für Zuschüsse an kommunale Sonderrechnungen (Eigenbetriebsbildung Konservatorium = 2.137,0 Tsd. EUR, dafür Ausgabensenkung bei den Sachkosten) und bei den Zinsausgaben (2.104,0 Tsd. EUR).

Ausgabenverringerungen sind bei der Leistungsbeteiligung nach SGB II (4.364,0 Tsd. EUR) und bei der Gewerbesteuerumlage (1.167,0 Tsd. EUR) entstanden.

Der Haushaltsplan 2008 und die mittelfristige Finanzplanung bis 2011 konnten nicht ausgeglichen werden. Der Fehlbedarf in den Jahren 2007 bis 2010 wird wie folgt ausgewiesen:

2008 mit 104.625 Tsd. EUR - hierin enthalten ist der Fehlbedarf 2006 mit 86.034 Tsd. EUR, 2009 mit 105.023 Tsd. EUR - hierin enthalten ist der Fehlbedarf 2007 mit 94.145 Tsd. EUR, 2010 mit 99.903 Tsd. EUR - hierin enthalten ist der Fehlbedarf 2008 mit 93.144 Tsd. EUR, 2011 mit 89.501 Tsd. EUR - hierin enthalten ist der Fehlbedarf 2009 mit 91.981 Tsd. EUR.

Der Forderung des § 90 Abs. 3 GO LSA nach einem ausgeglichenen Haushalt kann nicht entsprochen werden. Deshalb ist gemäß § 92 Abs. 3 GO LSA ein **Haushaltskonsolidierungskonzept** aufzustellen. Entsprechend § 2 Abs. 2 Nummer 7 GemHVO ist ein vom Stadtrat beschlossenes Haushaltskonsolidierungskonzept als Anlage dem Haushaltsplan beizufügen, sofern der Haushaltsausgleich nicht erreicht wird. Mit der DS0126/07 – Untersetzung der Konsolidierungsvorhaben aus dem Zustimmungsbeschluss zu den kommunalaufsichtlichen Entscheidungen des LVwA vom 02.02.2007 zur Haushaltssatzung 2007 der LH MD – wurden Maßnahmen aufgezeigt, die den festen Willen der Landeshauptstadt Magdeburg schnellstmöglich die vollumfängliche kommunale Gestaltungsfreiheit wiederzuerlangen, darstellen.

Gegenüber 2007 hat sich **das Volumen des Verwaltungshaushaltes im Haushaltsplan 2008** bei den Einnahmen um 14.966 Tsd. EUR (von 425.269 Tsd. EUR auf 440.235 Tsd. EUR) und bei den Ausgaben um 7.446 Tsd. EUR (von 537.414 Tsd. EUR auf 544.860 Tsd. EUR) **erhöht**. Im Wesentlichen ist dies auf die Veränderungen aus dem Orientierungsdatenerlass (ODE) zurückzuführen.

Hervorzuheben sind bei den Steuern, Zuweisungen und Umlagen insbesondere die Gewerbesteuer (+ 4.403,5 Tsd. EUR), der Gemeindeanteil an den Gemeinschaftssteuern (+ 7.095,8 Tsd. EUR), die Zuweisungen vom Land (+ 1.754,1 Tsd. EUR) und Einnahmen aus sonstigen öffentlichen Bereichen (+ 2.206,3 Tsd. EUR).

Weitere Erläuterungen zu den Einnahmen unter Pkt. 1.2

Eine wesentliche Steigerung der Ausgaben erfolgt für die Bewirtschaftungskosten (+ 1.156,5 Tsd. EUR), für Erstattungen von Ausgaben des VwH (+ 3.180,4 Tsd. EUR), für Leistungen der Grundversicherung (+ 1.007,0 Tsd. EUR), für Zinsausgaben (+ 1.409,8 Tsd. EUR) und für die Deckung des Soll-Fehlbetrages (Grupp.-Nr. 894) aus dem Jahr 2006 in Höhe von 1.833,1 Tsd. EUR (Ansatz 2008 = 86.033,9 Tsd. EUR, Ansatz 2007 = 84.200,8 Tsd. EUR).

Ausgabereduzierungen erfolgen insbesondere bei der Leistungsbeteiligung SGB II (-4.364,0 Tsd. EUR), bei Zahlungen an kommunale Sonderrechnungen (- 1.140,1 Tsd. EUR) und bei der Gewerbesteuerumlage (- 794,7 Tsd. EUR).

Weitere Erklärungen zu den Ausgaben unter Pkt. 1.3

Die Eigenbetriebsbildung des Konservatoriums ist zum 01.01.2008 abgeschlossen. Die Auswirkungen auf den Gesamthaushalt sind aufgrund der relativ geringen Gesamteinnahmen und –ausgaben nicht relevant und weitestgehend kostenneutral.

1.2 Entwicklung ausgewählter Einnahmearten

Die Hebesätze der Realsteuern werden für das Jahr 2008 nicht geändert und betragen:

Grundsteuer A	250 v.H.
Grundsteuer B	450 v.H.
Gewerbesteuer	450 v.H.

Steuern (Grupp.-Nr. 000 – 003)

Die Veranschlagung der Grundsteuern A und B ist zum Haushaltsplan 2007 unverändert und beträgt 180,0 Tsd. EUR/26.000,0 Tsd. EUR .

Die Einnahmen aus den Realsteuern steigen voraussichtlich um 11.863,6 Tsd. EUR. Insbesondere erfolgt bei der Gewerbesteuer eine Steigerung um 4.403,5 Tsd. EUR. Entsprechend der Empfehlung aus dem Orientierungsdatenerlass des Ministeriums des Innern zur Haushalts- und Finanzwirtschaft der Kommunen im Haushaltsjahr 2007 vom 15. Juni 2007 erfolgte die mittelfristige Finanzplanung mit den dort angegebenen Steigerungsraten. Die Einnahmen aus der Zweitwohnungssteuer bleiben mit 427,0 Tsd. EUR gegenüber 2007 unverändert, ebenso die Einnahmen aus der Vergnügungssteuer (950,0 Tsd. EUR) und aus Spielbankeinnahmen (400,0 Tsd. EUR).

Gemeindeanteil und andere Steuern (Grupp.-Nr. 01 – 03)

Der Gemeindeanteil an den Gemeinschaftssteuern setzt sich aus dem Anteil an der Einkommenssteuer und dem Anteil an der Umsatzsteuer zusammen.

Für 2008 ergibt sich eine Erhöhung entsprechend dem ODE LSA vom 15. Juni 2007 beim Gemeindeanteil an den Gemeinschaftssteuern von 7.095,8 Tsd. EUR. Bei dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ist eine Steigerung um 6.125,1 Tsd. EUR und bei der Umsatzsteuer eine Erhöhung um 970,7 Tsd. EUR geplant.

Allgemeine Zuweisungen und Leistungen des Landes (Grupp.-Nr. 04 – 09)

Auf der Basis des Orientierungsdatenerlasses des Ministeriums des Innern Sachsen-Anhalt vom 15. Juni 2007 wurden die Allgemeinen Zuweisungen ermittelt.

Die Allgemeinen und sonstigen Schlüsselzuweisungen nach dem FAG betragen insgesamt 155.895,2 Tsd. EUR und steigen im Vergleich zur mittelfristigen Finanzplanung 2008 (151.581 Tsd. EUR) um 4.314 Tsd. EUR. Während im Vergleich zum Jahr 2007 die Einnahmen für die Schülerbeförderung (1.054,1 Tsd. EUR), die Jugendpauschale einschließlich Fachkräfteprogramm (857,3 Tsd. EUR) und die Zuweisungen nach dem Aufnahmegesetz (3.247,0 Tsd. EUR) unverändert bleiben, steigen die Einnahmen aus der Zuweisung der Sozialhilfelasten um 23,3 Tsd. EUR auf 15.166,0 Tsd. EUR und die Straßenbaulastzuweisung um 11,7 Tsd. EUR auf 301,5 Tsd. EUR.

Für die Finanzplanung gelten die Aussagen der mittelfristigen Finanzplanung des Landes. Die Planung der Allgemeinen Zuweisung basiert auf der Grundlage zum Zustimmungsbeschluss vom 02.02.2007 (DS0086/07).

Die Allgemeinen Zuweisungen vom Land steigen im Vergleich zu 2007 um 1.765,8 Tsd. EUR an. Dadurch tritt die in der mittelfristigen Finanzplanung zum Haushaltsplan 2007 unterstellte Minderum um 2.548,0 Tsd. EUR nicht ein und der im Jahr 2007 entstandene negative finanzielle Effekt des gestrichenen Familienleistungsausgleiches wird teilweise kompensiert. Die Änderung der Beteiligungsquote der kreisfreien Städte von 27 auf 28 % ist aufgrund des noch nicht erfolgten Landtagsbeschlusses zum geänderten FAG (Entwurf vom 26. Juni 2007) nicht in die Planung eingeflossen. In der langfristigen Finanzplanung wird dieser Effekt (als Landeseffekt) jedoch unterstellt und ist damit ein wesentlicher Bestandteil der Konsolidierungspartnerschaft mit dem Land S-A.

Die Leistungen des Landes aus der Umsetzung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Grupp.-Nr. 092) betragen wie im Vorjahr 7.200,0 Tsd. EUR, die Leistungen des Landes aus dem Ausgleich von Sonderlasten (Grupp.-Nr. 093) 18.400,0 Tsd. EUR. Die Veranschlagung für das Haushaltsjahr 2008 basiert auf der Entwicklung der Ausgaben nach dem SGB II im Haushaltsjahr 2006/2007. Die Leistungsbeteiligung bei Leistungen für Unterkunft und Heizung (Grupp.-Nr. 191) wird auf bisherige Erfahrungswerte des Jahres 2007 aufgebaut und wird im Vergleich zu 2007 um 4.584,0 Tsd. EUR vermindert. Die Ausgaben dazu (Grupp.-Nr. 69) verringern sich um 4.364,0 Tsd. EUR.

Die Mehreinnahmen der Hauptgruppe 0 – Steuern und Allgemeine Zuweisungen – betragen insgesamt 13.629,4 Tsd. EUR gegenüber dem Vorjahr.

Verwaltungsgebühren (Grupp.-Nr. 10 – 12)

Einnahmen aus Gebühren und ähnlichen Entgelten (Grupp.-Nr. 10 - 12) steigen um 773,6 Tsd. EUR an. Hier schlagen sich u.a. überarbeitete Gebührensatzungen für den Rettungsdienst und die Berufsfeuerwehr nieder.

Einnahmen aus Verkauf (Grupp.-Nr. 13 – 15)

Die Steigerung beträgt im Vergleich zu 2007 insgesamt 488,8 Tsd. EUR und diese resultieren aus Mietvertragsänderung z.B. Firma Ströer (+ 70,0 Tsd. EUR), Vermietung von Schwimmhallen und Kioske (+ 71,0 Tsd. EUR), Vor- und Umsatzsteueränderungen im FB 40 (+ 51,0 Tsd. EUR) u.a.m.

Erstattungen von Ausgaben des VwH vom Land (Grupp.-Nr. 161)

Die Erstattungen vom Land sind gegenüber 2007 unverändert.

Erstattungen von Ausgaben des VwH vom sonstigen öffentlichen Bereich (Grupp.-Nr. 164)

Von der Agentur für Arbeit werden voraussichtlich 3.206,3 Tsd. EUR (2007 = 1.000,0 Tsd. EUR) für Leistungen städtischer Mitarbeiter in der ARGE (über Kosten der Unterkunft hinaus) erstattet, denen jedoch auch Ausgaben in adäquater Höhe gegenüber stehen.

Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke vom Land und sonstigen öffentlichen Bereich (Grupp.-Nr. 171/174)

Die Einnahmen verringern sich um 841,2 Tsd. EUR (2008 = 19.846,0 Tsd. EUR, 2007 = 20.687,2 Tsd. EUR). Grund dafür ist u.a. die Eigenbetriebsbildung des Konservatoriums, die Landesförderung betrug 2007 einschließlich Kompetenzzentrum 538,5 Tsd. EUR.

Andererseits erhält die LH MD aus der Zahlung Kinderförderungsgesetz (KiFöG) Mehreinnahmen in Höhe von 640,0 Tsd. EUR zur Zahlung an die Träger der Kindertageseinrichtungen. Diese Einnahmeerhöhung wird durch die Erhöhung der Kinderzahlen sowie durch die jährliche Veränderung der Landespauschale (hier: Erhöhung) begründet. In der Pro-Platz-Pauschale für die freien Träger sind die Landeszuweisungen bereits enthalten. Gemäß § 11 Absatz 1 KiFöG beteiligt sich das Land an den Kosten der Tagesbetreuung in Tageseinrichtungen und in Tagespflegestellen. Das Land stellt den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe einen entsprechenden Betrag zweckgebunden

zur Finanzierung der Tagesbetreuung zur Verfügung. Gemäß § 11 Absatz 2 KiFöG zahlt der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe an die Leistungsverpflichteten (hier: freie Träger) die ihm gemäß Absatz 1 gewährte Landeszuwendung zweckgebunden aus.

Weitere Förderung erhält die LH MD für die Sonderausstellungen „Aufbruch in die Gotik“ und „Spektakel der Macht“, in gleicher Höhe sind Ausgaben veranschlagt.

Für die steigenden Ausgaben des kommunalen Finanzausgleiches (KFA) erhöhen sich die Zuweisungen um 1.975,0 Tsd. EUR.

Die Einnahmen aus der Förderung vom sonstigen öffentlichen Bereich (ABM) verringern sich um 80,2 Tsd. EUR, in gleicher Höhe fallen Sachausgaben (Grupp.-Nr. 5 - 6) nicht mehr an.

Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen (Grupp.-Nr. 24 – 26)

Die Einnahmen verringern sich um 1.066,4 Tsd. EUR gegenüber 2007. Insgesamt wurden 1.400,0 Tsd. EUR für die Verzinsung von Steuernachforderungen und 100,0 Tsd. EUR für die Gewinnanteile der SWM GmbH gegenüber 2007 reduziert. Im DKSOZ wurden Eingliederungshilfen einnahmeseitig erhöht. Gleichzeitig wurde die Verzinsung von Steuererstattungen (Grupp.-Nr. 84) um 500,0 Tsd. EUR gesenkt.

Zusammenfassend sind wesentliche Veränderungen der Einnahmen im Vergleich zu 2007 bei folgenden Einnahmearten tabellarisch dargestellt:

		- in EUR -
Gewerbsteuer	Mehreinnahme	4.403.500
Allgemeine Zuweisungen vom Land	Mehreinnahme	1.765.800
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	Mehreinnahme	6.125.100
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	Mehreinnahme	970.700
Einnahmen infolge SGB II (Hartz IV)		
Verwaltungsgebühren	Mehreinnahme	773.600
Erstattung vom sonst. öffentl. Bereich	Mehreinnahme	2.206.300
Zuweisungen/Zuschüsse vom Land	Mindereinnahme	841.200
Leistungsbeteiligung für Unterkunft u. Heizung (Hartz IV)	Mindereinnahme	4.584.000
Schuldendiensthilfe	Mindereinnahme	613.600
Übrige Finanzeinnahmen	Mindereinnahme	1.399.400

In der nachfolgenden Tabelle werden ausgewählte Einnahmen 2008 dem Ansatz des Haushaltsplanes 2007 und dem Rechnungsergebnis 2006 gegenübergestellt:

- in EUR -

Bezeichnung	Gr.-Nr.	Ansatz 2008	Ansatz 2007	Rechnung 2006	Rechnung 2005
Grundsteuer A	000	180.000	180.000	188.834	164.942
Grundsteuer B	001	26.000.000	26.000.000	26.658.144	24.724.935
Gewerbsteuer	003	65.598.900	61.195.400	57.681.340	56.133.877
Gemeindeanteile an den Gemeinschaftssteuern	01	47.266.900	40.171.100	47.170.105	42.636.233
Schlüsselzuweisung einschl. Zuweisungen Sozialhilfelasten und Aufnahmegesetz	041	153.282.300	151.528.200	145.822.641	133.409.067
Sonstige Zuweisungen	061				
- Straßenbaulast		301.500	289.800	289.887	289.887
- Jugendpauschale / Fachkräfte-progr.		857.300	857.300	851.496	850.069
- Spielbankabgabe		400.000	400.000	363.877	376.572
- Schülerbeförderung		1.054.100	1.054.100	1.043.250	1.016.091
Weitergabe von Entlastungen des Landes zur Umsetzung des SGB II	092	7.200.000	7.200.000	7.202.256	7.192.673
Ausgleich von Sonderlasten	093	18.400.000	18.400.000	18.606.099	18.435.113
Gebühren und ähnliche Entgelte	10 - 12	20.592.000	19.818.400	24.721.834	21.558.232
sonstige Verw.- u. Betriebseinnahmen	13 - 15	5.696.400	5.207.600	28.616.835	8.050.600
Leistungsbet. des Bundes f. KdU	191	28.931.600	33.515.600	21.583.226	19.055.959
Gewinnanteile/Konzessionsabgabe	21 - 22	17.807.800	17.974.500	20.936.382	18.068.657
Ersatz sozialer Leistungen	24 - 25	2.959.600	2.626.600	5.184.542	4.965.473
weitere Finanzeinnahmen	26	3.452.500	4.851.900	3.451.940	4.066.839

1.3 Entwicklung ausgewählter Ausgabearten

Die Gesamtausgaben des Verwaltungshaushalts in Höhe von 544.859,6 Tsd. EUR erhöhen sich gegenüber dem Haushaltsplan 2007 um 7.446,0 Tsd. EUR. Zu den wesentlichen Mehrausgaben und Minderausgaben des Verwaltungshaushaltes werden nachfolgende Begründungen gegeben.

Personalausgaben (Grupp.- Nr. 4 und Deckungskreis Personalkosten = DKPK4)

Die Haushaltssystematik unterteilt die Personalausgaben der Gruppierung 4 in Personalkosten des Deckungskreises (DKPK4) und in sonstige Personalkosten. Die Gesamtkosten der Gruppierung 4 betragen 114.091,6 Tsd. EUR für 2008.

Auf der Basis der Entgelte des Monats April 2007 erfolgte die stellen- und personenbezogene Ermittlung des Haushaltsansatzes je Beschäftigten für das Jahr 2008.

Die vereinbarten und bekannten Tarif- und Besoldungsanpassungen

- ab 01.07.2007 1,5 % Ost-Westanpassung für alle EG ,
- Stufenaufstiege ab 01.10.2007 für fast alle Beschäftigten,
- Ost-Westanpassung auf 100 % für alle EG von 2 bis 8/9 ab 01.01.2008,
- Erhöhung der Besoldung ab 01.05.2008 um 2,9 %,
- Ost-Westanpassung der Besoldungsgruppen A 5 bis A 9 ab 01.01.2008,
- sowie die zu den Besoldungserhöhungen gehörende Beamtenversorgung

mit einem Gesamtvolumen von 4,54 Mio. EUR wurden entsprechend eingearbeitet. Die Anpassung der Beitragsgrenzen in der Sozialversicherung wurde wie in den Vorjahren auf der Grundlage von Erfahrungswerten vorgenommen.

DKPK 4:

Im DKPK 4 sind die Kosten für die zu zahlenden Leistungsentgelte für die Tarifbeschäftigten (§ 18 TvöD) mit 600,0 Tsd. EUR zuzüglich 144 Tsd. EUR für SV und ZVK Beiträge enthalten.

Sonstige Personalkosten:

Die Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit (Grupp.-Nr. 400) in Höhe von 344,4 Tsd. EUR, Personal-Nebenausgaben (Grupp.-Nr. 46) in Höhe von 8,5 Tsd. EUR und Beschäftigungsentgelte (Grupp.-Nr. 416) in Höhe von 890,9 Tsd. EUR geplant.

Fazit der Personalkostenplanung 2008:

Es ist gelungen, die Personalkosten im DKPK4 trotz der genannten Zusatzkosten in Höhe von 4,54 Millionen EUR gegenüber dem Haushaltsjahr 2007 lediglich um einen Zuwachs in Höhe von 690,7 Tsd. EUR aufzustocken. Dies ist der konsequenten Umsetzung der personalwirtschaftlichen Ziele in der gesamten Verwaltung zu verdanken. Ein nicht unwesentlicher Beitrag (1,008 Mio. EUR) resultiert aus der Maßnahme SPE.

Im Zuge der Eigenbetriebsgründung des Konservatoriums wurden 2,286 Mio. EUR Personalkosten aus dem DKPK 4 herausgelöst.

Die Gesamtkosten der Gruppierung 4 betragen 114.091,6 Tsd. EUR.

Die Personalausgaben der Verwaltung sind für das Haushaltsjahr 2008 mit 114.091,6 Tsd. EUR (gegenüber 2007 = 113.828,3 Tsd. EUR) veranschlagt und betragen somit 20,94 % zu den Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes (2007 = 21,18 %, 2006 = 25,44 %).

Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand (Grupp.-Nr. 50-66)

Die Unterhaltung des sonst. unbeweglichen Vermögens, wie u. a. die Unterhaltung der Straßen und der Park- und Grünanlagen (Grupp. 50 – 51), umfasst ein Volumen von 16.232,8 Tsd. EUR.

Die Ausgaben für den sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand betragen insgesamt 73.923,1 Tsd. EUR und erhöhen sich damit gegenüber 2007 um 1.385,7 Tsd. EUR. Hier schlagen sich Kostensteigerungen für die Bewirtschaftungskosten (Grupp.-Nr. 54) in Höhe von 1.156,5 Tsd. EUR nieder. Insbesondere beim Fachbereich 40 fallen in der nächsten Haushaltsperiode höhere Bewirtschaftungskosten (1.818,6 Tsd. EUR) an, während bei anderen Sachkosten die Maßnahmen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes kostensenkend wirken.

Die Betriebskostenplanung für 2008 erfolgte durch den Eigenbetrieb KGm auf der Basis der Verbrauchsabrechnung 2005 und wurde an die Fachämter/-bereiche übermittelt. Diese meldeten im Rahmen der Budgethoheit die in den Haushaltsplan eingearbeiteten Ansätze zu den Bewirtschaftungskosten an. Insgesamt wurden Bewirtschaftungskosten (Grupp.-Nr. 540) in Höhe von 16.095,6 Tsd. EUR veranschlagt, damit erhöhen sich die Ansätze gegenüber 2007 um 1.305,6 Tsd. EUR (2007 = 14.790,0 Tsd. EUR).

Die Ausgaben für weitere Verwaltungs- und Betriebsausgaben (Grupp.-Nr. 56 – 63) verringern sich gegenüber 2007 um 208,5 Tsd. EUR. Dies resultiert u. a. aus der Eigenbetriebsbildung Konservatorium (Minderausgaben 666 Tsd. EUR) und Veränderungen der Entgeltordnungen (Mehrausgaben Bäder 128 Tsd. EUR, geänderte Bauordnung 200 Tsd. EUR und Bürgerservice 185,1 Tsd. EUR).

Die Ausgaben für Steuern, Versicherungen und Schadensfällen (Grupp.-Nr. 64) verändern sich gegenüber 2007 um 607,9 Tsd. EUR.

Erstattungen von Ausgaben des Verwaltungshaushaltes (Grupp.-Nr. 675)

Die Erstattungen umfassen ein Volumen von insgesamt 8.635,3 Tsd. EUR. Diese Ausgaben stellen sich als Kostenerstattung in den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe dar.

Zuweisungen und Zuschüsse (Grupp.-Nr. 71)

Die Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke betragen insgesamt 99.663,7 Tsd. EUR.

darunter: Zuschüsse an kommunale Sonderrechnungen (Grupp.-Nr. 715)

Hier werden die verschiedenen Zuschüsse an die Eigenbetriebe und Gesellschaften veranschlagt. Gegenüber dem Vorjahr (56.625,4 Tsd. EUR) verringern sich die Ausgaben dieser Gruppierung um 1.140,1 Tsd. EUR auf nunmehr 55.485,3 Tsd. EUR. Ursache dafür sind u.a. die Minderausgaben bei der AQB mbH (345,0 Tsd. EUR) und der GISE mbH (294,6 Tsd. EUR) um insgesamt 639,6 Tsd. EUR (DKAFM) aus Änderungen in der Gesetzgebung und der MVB GmbH (600,0 Tsd. EUR). Der EB Konservatorium erhält ab 2008 Zuschüsse in Höhe von 2.137,8 Tsd. EUR, bei gleichzeitiger Nullsetzung der Sach- und Personalkosten in anderen Gruppierungen.

Zuschüsse an private Unternehmen/übrige Bereiche freie Träger (Grupp.-Nr. 717/718)

Einen Zuwachs von 227,1 Tsd. EUR haben die laufenden Zuschüsse zu verzeichnen.

An erster Stelle sind hier die um 1.215,3 Tsd. EUR gestiegenen Zuschüsse an freie Träger von Kindertageseinrichtungen zu nennen. Die Deckung erfolgt zur Hälfte aus den Mehreinnahmen vom Land (s. Grupp. 171).

Leistungen der Sozialhilfe u. a. soziale Leistungen (Grupp.-Nr. 73 – 79)

Die Ausgaben für verschiedene soziale Leistungen (Grupp.-Nr. 73 bis 77) steigen gegenüber dem Vorjahr um 279,5 Tsd. EUR an. Daneben steigen die Ausgaben für Leistungen der Grundsicherung (Grupp.-Nr. 78) um 1.007,0 Tsd. EUR. Die Ausgaben für die Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes (Verringerung der Einwandererzahlen) sinken um 520,0 Tsd. EUR, während die Ausgaben für geduldete Asylbewerber um 520,0 Tsd. EUR steigen. Die Ausgaben der Gruppierung 79 bleiben im Vergleich zu 2007 im Saldo konstant (3.442,5 Tsd. EUR).

Insgesamt belaufen sich die Ausgaben für die Grupp.-Nr. 73 – 79 auf insgesamt 35.131,0 Tsd. EUR (2007 = 33.978,5 Tsd. EUR).

Der Zuschuss des Deckungskreises Sozialausgaben (DKSOZ) verringert sich gegenüber dem Vorjahr um 523,5 Tsd. EUR, die Ausgaben um insgesamt 3.785,1 Tsd. EUR auf nunmehr 86.416,0 Tsd. EUR und die Einnahmen um 4.308,7 Tsd. EUR auf 30.569,7 Tsd. EUR für 2008.

▪ *UA 42000 – Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes*

Die Ausgaben für Leistungen für § 2 AsylbLG und für Grundleistungen in Einrichtungen wurden der Hochrechnung 2007 angepasst. Die Einnahmen bleiben gegenüber 2007 unverändert, die Ausgaben sinken aufgrund der geringeren Zuweisungen von Asylbewerbern um 520,0 Tsd. EUR.

▪ *UA 42010 - Geduldete Asylbewerber ohne Erstattung vom Land*

Der Zuwachs an Asylanten, deren Aufenthaltskosten nach zweijährigem Aufenthalt als nicht erstattungsfähig gelten, steigt. Für Leistungen in besonderen Fällen musste der Ansatz dem voraussichtlichen Ergebnis 2007 angepasst werden und zieht damit Ausgabeerhöhungen von 520,0 Tsd. EUR nach sich.

▪ *UA 48200 - Grundsicherung nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch*

Dieser Unterabschnitt wurde für die Grundsicherung nach dem SGB II (Hartz IV) ab 2005 eingerichtet und dem Deckungskreis DKSOZ zugeordnet. Die veranschlagten Erstattungen vom Land für Leistungsbeteiligung bei Leistungen für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende wurden gegenüber 2007 korrigiert (2008 = 28.969,6 Tsd. EUR, 2007 = 33.617,6 Tsd. EUR) und die dafür zu leistenden Ausgaben (2008 = 72.186,0 Tsd. EUR, 2007 = 76.834,0 Tsd. EUR) wurden aufgrund von Erfahrungswerten aus 2006 und der Hochrechnungen für 2007 ermittelt.

Gegenüber 2007 verringern sich die Ausgaben um 4.648,0 Tsd. EUR. Dazu ist jedoch auszuführen, dass aufgrund zurzeit nicht festgelegter Bundesbeteiligung für Unterkunft und Heizung nach § 22 Abs. 1 SGB II ein Risiko für den Haushalt der LH MD in Höhe von ca. 13.000,0 Tsd. EUR besteht.

▪ *UA 48500 - Leistungen der Grundsicherung (GSiG)*

Die Ausgaben für Leistungen innerhalb und außerhalb von Einrichtungen mussten nach der Entwicklung in 2006 und im 1. Halbjahr 2007 und der darauf aufbauenden Hochrechnung für das Jahr 2007 höher veranschlagt werden. Der voraussichtliche Mehrbedarf per 31.12.2007 beträgt 800,0 Tsd. EUR und lässt das Volumen für 2008 auf 6.247,0 Tsd. EUR ansteigen. Insbesondere führt die Übernahme von Leistungen der Grundsicherung außerhalb von Einrichtungen für den Personenkreis, denen ein Umzug nicht zuzumuten ist, zu diesen Mehrausgaben und die Übernahme der Beiträge zur freiwilligen Kranken- und Pflegeversicherung.

Zinsausgaben (Grupp.-Nr. 80)

Die Zinsausgaben werden für 2008 insgesamt mit 17.587,6 Tsd. EUR veranschlagt. Gegenüber dem Vorjahr ist ein Anstieg von 769,7 Tsd. EUR zu erwarten. Mehrausgaben zur Sicherung der Kassenliquidität für Kassenkredite (Deckungskreis KREMA) mussten in Höhe von 773,1 Tsd. EUR veranschlagt werden. Die Begründung liegt im Ansteigen der Zinssätze und der Erhöhung des Kassenkreditbedarfes infolge der kontinuierlichen Verschlechterung der Liquiditätssituation. Planmäßig wird sich die Liquiditätssituation in den Jahren 2009/2010 mit dem Ausgleich des strukturellen De-

fizits entschärfen, was sich dann durch geringere Zinsaufwendungen ab dem Jahr 2010 niederschlagen wird (**Anlage 3**).

Zuführung an den Vermögenshaushalt (Grupp.-Nr. 86)

Für das Haushaltsjahr 2008 wurden die Zuführungen in Höhe von 17.060,5 Tsd. EUR (gegenüber 2007 mit 17.336,1 Tsd. EUR) veranschlagt.

Die Zuführung an den Vermögenshaushalt hat gemäß § 22 Abs. 1 GemHVO mindestens in Höhe der ordentlichen Tilgung von Krediten (Pflichtzuführung) zu erfolgen und beträgt 13.717,1 Tsd. EUR für 2008 (2007 = 13.908,7 Tsd. EUR). Weitere Zuführungen sind:

- Zuführung PPP = 3.000,0 Tsd. EUR,
- Zuführung MVGM = 343,4 Tsd. EUR.

Deckung von Soll-Fehlbeträgen des Vorjahres im Verwaltungshaushalt (Grupp.-Nr. 893 – 894)

Die Deckung des Soll-Fehlbetrages (Grupp.-Nr. 893 – 894) aus dem Haushaltsjahr 2006 beträgt 86.033,9 Tsd. EUR. Mit der Haushaltsplanung 2006 wurde ein Fehlbetrag von 86.931,1 Tsd. EUR ausgewiesen, der jedoch durch das Wirken des Haushaltskonsolidierungskonzeptes nicht in voller Höhe eingetreten ist und damit reduziert werden konnte.

Zusammenfassend sind wesentliche Veränderungen der Ausgaben im Vergleich zu 2007 bei folgenden Ausgabearten tabellarisch dargestellt:

		- in EUR -
Unterhaltung d. Grundstücke (Gr.-Nr. 50-51)	Minderausgabe	-304.100
Aufwendungen für Bedienstete (Gr.-Nr. 56-63)	Minderausgabe	-208.500
Leistungsbeteiligung b. Leistungen für Unterkunft u. Heizung (Gr.-Nr. 69)	Minderausgabe	-4.364.000
Zuschüsse an kommunale Sonderrechnungen (Gr.-Nr. 715)	Minderausgabe	-1.140.100
Zuführung an den Vermögenshaushalt (Gr.-Nr. 86)	Minderausgabe	-275.600
Personalausgaben (Gr.-Nr. 4)	Meherausgabe	263.300
Mieten und Pachten (Gr.-Nr. 53)	Meherausgabe	149.300
Bewirtschaftungskosten (Gr.-Nr. 54)	Meherausgabe	1.156.500
Erstattungen von Ausgaben des VwH (Gr.-Nr. 675)	Meherausgabe	157.900
Zuweisungen und Zuschüsse an übrige Bereiche (Gr.-Nr. 718)	Meherausgaben	227.100
Leistungen d. Grundsicherung (Gr.-Nr.781)	Meherausgabe	1.007.000

Zinsausgaben (Gr.-Nr. 80)	Mehrausgabe	769.700
Deckung von Soll-Fehlbeträgen (Gr.-Nr. 894)	Mehrausgabe	1.833.100

Die Entwicklung ausgewählter Ausgabearten sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt:

- in EUR -

Bezeichnung	Grupp. Nr.	Ansatz 2008	Ansatz 2007	Rechnung 2006	Rechnung 2005
Personalausgaben	4	114.091.600	113.828.300	142.472.157	148.908.071
Sächl. Verwaltungs- und Betriebsaufwand	50 - 66	73.923.100	72.537.400	80.520.391	79.931.699
Erstattung v. Ausgaben des Verwaltungshaushaltes	67	23.925.300	15.479.100	19.928.393	20.213.992
Kalkulatorische Kosten	68	432.700	394.900	368.860	449.590
Leistungsbeteiligung nach SGB II	69	71.980.000	76.344.000	75.082.466	66.945.989
Zuweisungen und Zuschüsse darunter:	71	99.663.700	100.171.700	86.187.825	84.945.545
an öffentliche wirtschaftliche Unternehmen	715	55.485.300	56.625.400	40.191.496	44.736.753
an private Unternehmen	717	767.500	767.500	533.413	981.977
an übrige Bereiche	718	43.005.900	42.778.800	42.188.290	35.914.817
verschiedene soziale Leistungen	73 - 77	21.657.500	21.378.000	21.128.702	20.709.466
sonstige soziale Leistungen (u.a. Grundsicherung)	78	10.031.000	9.158.000	8.691.195	7.955.645
Leistungen nach Asylbewerberl.G.	79	3.442.500	3.442.500	3.267.675	3.338.983
Schuldzinsen	80	17.587.600	16.817.900	18.100.267	14.021.899
Gewerbesteuerumlage	81	4.373.300	5.168.000	4.770.643	5.659.255
Zuführung zum Vermögenshaushalt	86	17.060.500	17.336.100	36.897.067	12.867.910
Deckung von Fehlbeträgen	894	86.033.900	84.200.800	61.982.131	42.835.619

1.4 Innere Verrechnung 2007 (Grupp.-Nr. 169 und 679)

- in EUR-

	Ansatz 2008	Ansatz 2007	Ansatz 2006
	Einnahmen Ausgaben	Einnahmen Ausgaben	Einnahmen Ausgaben
1. Verwaltungskostenbeiträge			
Hst. 169100	540.400	495.700	775.000
Hst. 679100	540.400	495.700	775.000
2. Personalgemeinkosten			
Hst. 169200	0	0	948.700
Hst. 679200	0	0	948.700
3. Wartung Feuerlöscher			
Hst. 169300	0	21.700	34.300
Hst. 679300	0	21.700	34.300
4. EB KGm			
Hst. 169400	0	0	9.035.700
Hst. 679400	0	0	9.035.700
5. EB KGm Hochbauunterh.			
Hst. 169500	4.825.900		
Hst. 679500	4.825.900		
6. Sonstige Erstattungen			
Hst. 169600	58.800	58.800	58.800
Hst. 679600	58.800	58.800	58.800
7. EB KGm Unterhaltung Grün			
Hst. 169700	52.000		
Hst. 679700	52.000		
8. EB KGm Leistg. öff. Grün			
Hst. 169800	40.500	0	0
Hst. 679800	40.500	0	0
Gesamt	5.517.600	576.200	10.852.500

Die Abbildung der Inneren Verrechnung - Personalgemeinkosten – ist seit der Haushaltsplanung 2007 entfallen. Die Verflechtungen zwischen den einzelnen Organisationseinheiten innerhalb eines Fachbereiches/Amtes werden in Form von kostenträgerbezogenen Arbeitszeitbuchungen im LEI-POS oder als Kostenstellenumlagen im Rahmen der Kostenrechnung abgebildet. Eine zusätzliche Berücksichtigung innerhalb des kameralen Haushaltes ist daher für eine Kosten- und Leistungstransparenz nicht mehr notwendig. Die Innere Verrechnung des EB KGm ist ebenfalls seit der Haushaltsplanung 2007 entfallen. Sie spiegelt sich nunmehr im zahlungswirksamen Nutzungsent-

gelt in den Unterabschnitten wider. Die Hochbauunterhaltung, die Unterhaltung Grünanlagen sowie die Unterhaltung Grün/SFM werden im Rahmen der Inneren Verrechnung aus den einzelnen Unterabschnitten der Ämter als Ausgaben und im Unterabschnitt 87300 „Eigenbetrieb Kommunales Gebäudemanagement“ in Summe als Einnahme verrechnet. Aus diesem Unterabschnitt 87300 werden dem EB KGm die Kosten als Kostenerstattung zahlungswirksam zur Verfügung gestellt. Die Innere Verrechnung spiegelt die in den Unterabschnitten verursachungsgerecht anfallenden Kosten wider. Aus der Inneren Verrechnung erfolgt die Aufteilung in die Kostenrechnung.

1.5 Entwicklung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen/Arbeitsförderung

In der Zusammenfassung aller Maßnahmen für Arbeitsbeschaffung sind Ausgaben in Höhe von 3.413,0 Tsd. EUR und Einnahmen von 5,0 Tsd. EUR im Haushaltsplan 2008 veranschlagt, der städtische Zuschuss beträgt zum Vorjahr 660,2 Tsd. EUR weniger.

Auf die ABM Personalkosten und Sachkosten entfallen ab dem Jahr 2008 keine Mittel mehr, da die Realisierung der Maßnahmen ab dem Jahr 2008 vollständig über die Beschäftigungsstellen AQB mbH und GISE mbH erfolgt. Gemäß der DS 0297/07 wird im Rahmen der Haushaltskonsolidierung – Maßnahme 115 – eine stufenweise Einsparung der Zuschüsse nach § 249 h AFG in Höhe von insgesamt 1 Mio. EUR beginnend ab dem Haushaltsjahr 2008 (594,6 Tsd. EUR) bei beiden Beschäftigungsstellen vorgenommen. Der Betriebskostenzuschuss für die GISE mbH in Höhe von 366.000 EUR ist entsprechend der Anmeldung der Beschäftigungsstelle um 20,0 Tsd. EUR geringer als im Jahr 2007. Für die AQB mbH wurde ein Betriebskostenzuschuss von 459,5 Tsd. EUR angemeldet, der um 25,0 Tsd. EUR geringer ist als im Jahr 2007.

Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Arbeitsförderung 2008 zu 2007 und 2006

Deckungskreise SKABM; PKABM; DKAFM

1. ABM Personalkosten

- in EUR -

UA alt/UA neu	Einnahmen (174500)			Ausgaben (417/418)		
	Ansatz 2008	Ansatz 2007	Ergebnis 2006	Ansatz 2008	Ansatz 2007	Ergebnis 2006
1.12000	0	3.500	14.910,44	0	4.500	16.991,19
1.20000	0	14.000	47.482,24	0	16.200	50.903,92
1.21000/21100	0	0	142.486,99	0	0	149.856,71
1.23000	0	0	44.832,37	0	0	41.829,16
1.24000	0	0	68.200	0	0	4.702,77
1.27000	0	0	74.596,69	0	0	78.409,5
1.29500	0	4.500	14.927,51	0	6.000	16.599,88
1.29510	0	0	19.702,60	0	0	20.845,22
1.30000	0	21.500	61.886,17	0	30.000	72.613,34
1.30010	0	0	0,00	0	0	1.286,14
1.30200	0	0	6.952,55	0	0	6.454,41
1.31000	0	7.000	20.606,32	0	9.500	26.172,06
1.32140	0	0	50.356,58	0	0	64.335,02
1.32190	0	0	6.027,33	0	0	6.043,48
1.32310	0	0	0,00	0	0	0,00
1.33200	0	0	7.519,80	0	0	12.941,26

1.33130	0	0	2.205,00	0	0	267,46
1.33300	0	0	13.570,17	0	0	13.275,02
1.35200	0	7.000	36.845,00	0	9.000	41.575,44
1.40000	0	3.000	53.539,84	0	3.500	56.798,29
1.40700	0	2.400	50.681,49	0	3.500	59.969,09
1.43530	0	0	23.008,56	0	0	22.333,80
1.43610	0	0	53.104,25	0	0	57.751,93
1.43680	0	14.000	0,00	0	16.000	0,00
1.43700	0	0	10.878,41	0	0	10.160,34
1.46030/46000	0	0	214.298,95	0	0	247.805,48
1.61000	0	1.200	73.673,79	0	1.500	72.894,67
1.79100	0	0	22.104,34	0	0	22.412,70
gesamt	0	78.100	1.070.985,49	0	99.700	1.175.228,37

2. ABM Sachkosten

- in EUR -

UA alt/UA neu	Einnahmen (174600)			Ausgaben (588600)		
	Ansatz 2008	Ansatz 2007	Ergebnis 2006	Ansatz 2008	Ansatz 2007	Ergebnis 2006
1.35200	0	800	1.600,00	0	800	1.201,15
1.40000	0	100	387,47	0	100	226,38
1.43530	0	0,00	240,00	0	0	238,50
1.43610	0	0,00	1.200,00	0	0	1.083,54
1.43680	0	600	0,00	0	600	0,00
1.43700	0	0,00	200,00	0	0	150,00
1.79120/79100	0	0,00	1.500,00	0	0	3.000,00
gesamt	0	1.500	5.127,47	0	1.500	5.899,57

3. Einnahmen und Ausgaben für ABM an städtische Gesellschaften und Vereine (DKAFM)

- in EUR -

Haushaltsstelle	Einnahmen/Ausgaben		
	Ansatz 2008	Ansatz 2007	Ergebnis 2006
AFG			
1.41020.150000	2.000	6.000	117.310,21
1.41020.167000	3.000	0	0,00
1.41020.718000	341.800	341.800	187.587,14
GISE			
1.84400.715000	366.000	386.000	193.000,00
1.84400.715100	1.029.000	1.303.600	1.216.593,27
AQB			
1.84500.715000	459.500	484.500	359.000,00
1.84500.715100	1.216.700	1.536.700	1.533.000,00
gesamt Einnahmen	5.000	6.000	117.310,21
gesamt Ausgaben	3.413.000	4.052.600	3.489.180,41
Gesamt Zuschuss	3.408.000	4.046.600	3.371.870,20

4. Zusammenfassung aller Maßnahmen für Arbeitsbeschaffung

- in EUR -

	Haushaltsplan 2008			Haushaltsplan 2007		
	Einnahmen	Ausgaben	Zuschuss	Einnahmen	Ausgaben	Zuschuss
1. Personalkosten	0	0	0	78.100	99.700	21.600
2. Sachkosten	0	0	0	1.500	1.500	0
3. Zuschüsse	5.000	3.413.000	3.408.000	6.000	4.052.600	4.046.600
gesamt	5.000	3.413.000	3.408.000	85.600	4.153.800	4.068.200

1.6 Einhaltung des Budgetrahmens 2008

Als Grundlage für die Vorgabe wurden die Eckwerte aus den Budgets 0 – 6 aus dem Jahr 2007 herangezogen, zuzüglich der Ergebnisse aus der Haushaltssperre I0053/07, die am 16.03.2007 vom OB verfügt worden ist.

Die Budgetvorgaben konnten aufgrund steigender Ausgabepositionen im Zeitverlauf der Planung nicht eingehalten werden und erhöht sich gegenüber dem Vorjahr um 1.612,0 Tsd. EUR. Bei den Budgets 2, 5 und 6 wurden Mehrbedarfe angemeldet.

Vorwiegend resultieren die Mehrausgaben (+ 1.589,4 Tsd. EUR) aus den Bewirtschaftungskosten auf der Planungsgrundlage des Verbrauches aus 2006 mit der Anpassung an aktuelle Veränderungen lt. Anmeldung des EB KGm in Höhe von 2.197,3 Tsd. EUR.

Die geänderten Budgetvorgaben weisen nunmehr in Einnahmen 21.728,1 Tsd. EUR und in Ausgaben 52.927,4 Tsd. EUR auf.

Die geplanten finanziellen Mittel für den zu gründenden Eigenbetrieb „Konservatorium“ sind in den Budgetvorgaben nicht mehr enthalten.

Im Einzelnen werden nachfolgend Auswirkungen von Beschlüssen und organisatorische Veränderungen zu den Budgeteckwerten dargestellt:

- in EUR -

<u>Budget 0 - Bereich Oberbürgermeister</u>		
	Einnahmen	Ausgaben
Budgetrahmen 2007		
Zuschuss: 680.300	2.200	682.500
Kürzung nach Haushaltssperre I0053/07		
Budget 0		-20.000
Zuschüsse an Vereine (Gleichstellungsamt)		-11.000
Budgetrahmen 2008		
Zuschuss: 649.300	2.200	651.500
Veränderungen:		
Zuschüsse an Vereine (Gleichstellungsamt)		11.000
Sonst. Sachausgaben		6.000
Umsetzung aus Budget 1 (DS0259/06 – Mandatos)		22.000
Verfügung OB vom 30.06.07 Verfahrensweise Ausschr. VOL/VOB		2.500
Mehreinnahme u. -ausgabe Internetnutzung (Werbung)	6.000	6.000
Budgetrahmen neu:		
Zuschuss: 690.800	8.200	699.000
Budgetrahmen lt. Mittelanmeldung		
Zuschuss: 690.800	8.200	699.000
Abweichung: 0		

<u>Budget 1 - Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung</u>		
	Einnahmen	Ausgaben
Budgetrahmen 2007		
Überschuss: 1.444.500	6.681.700	5.237.200
Kürzung nach Haushaltssperre I0053/07		
Budget 1		-200.000
Zuschüsse an Vereine (Ordnungsamt)		-15.000
Zuschüsse an Vereine (Umweltamt)		-11.700
Gutachterkosten (Umweltamt)		-40.000
Ausgaben für Messe „Perspektiven“		-10.000
Ausgaben Porto (masch.lesbare Adressierung)		-30.000
Sonstige Veränderungen		
HKK-Maßnahme 101 – Gutachterkosten Umweltamt		-50.000
DS0503/06 – Neufassung der Feuerwehrbenutzungs- und Gebührensatzung	45.000	
Budgetrahmen 2008		
Überschuss: 1.846.200	6.726.700	4.880.500

Veränderungen:		
Gutachterkosten Umweltamt (Pflichtaufgabe)		40.000
Einstellungseignungstest Amt 37 (Laufbahn feuerwehr-techn. Dienst) einmalig 2008		46.000
Verfügung OB v. 30.06.07 Verfahrensweise zur Ausschreibung VOL/VOB		-3.500
Umsetzung zum Budget 0 (DS0259/06 – Mandatos)		-22.000
Budgetrahmen neu:		
Überschuss: 1.785.700	6.726.700	4.941.000
Budgetrahmen lt. Mittelanmeldung		
Überschuss: 1.785.700	6.726.700	4.941.000
Abweichung: 0		

<u>Budget 2 – Finanzen</u>		
	Einnahmen	Ausgaben
Budgetrahmen 2007		
Überschuss: 406.300	2.984.100	2.577.800
Kürzung nach Haushaltssperre I0053/07		
Büroausstattung u. Aus- und Fortbildung		-24.000
Gutachterkosten		-16.000
Sonstige Sachausgaben		-12.500
Geschäftsausgaben		-20.000
Post- und Fernmeldegebühren		-20.000
Dienstreisen		-7.500
UA 88000 – diverse Ausgaben		-200.000
Budgetrahmen 2008		
Überschuss: 706.300	2.984.100	2.277.800
Budgetrahmen lt. Mittelanmeldung		
Überschuss: 704.000	2.972.700	2.268.700
Abweichung: -2.300	-11.400	-9.100
UA 88000 Mieteinnahmen, UA 35000 Vw-Geb.	-11.400	
UA 03020 EDV Mehrausgaben		25.000
UA 88000 öffentl. Grün		-34.100

<u>Budget 3 - Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit</u>		
	Einnahmen	Ausgaben
Budget 2007		
Zuschuss: 594.300	152.200	746.500
Kürzung nach Haushaltssperre I0053/07		
Budgetkürzung		-25.000
Sonstige Veränderungen		
Mindereinnahmen/Minderausgaben Zuwendung Land	-136.000	-136.000
Budgetrahmen 2008		
Zuschuss: 569.300	16.200	585.500
Veränderungen:		
Verfügung vom OB 30.06.07 Verfahrensweise Aussch. VOL/VOB		-100
Mehreinnahmen/Mehrausg. Zuweisungen/Zuschüsse	407.900	407.900
Budgetrahmen neu:		
Zuschuss: 569.200		
Budgetrahmen lt. Mittelanmeldung		
Zuschuss: 569.200	424.100	993.300
Abweichung: 0		

<u>Budget 4 – Bildung, Sport, Kultur</u>		
	Einnahmen	Ausgaben
Budgetrahmen 2007		
Zuschuss: 14.779.800	5.419.400	20.199.200
Kürzung nach Haushaltssperre I0053/07		
FB 40		
Zuschüsse an Sportvereine		-83.400
Übertragung Kanubootshaus Kl. Werder an die gGFL		-10.000
Umzug SG Stahl Nord in Milchweg		-16.700
Schließung Sporthalle Stiller		-12.300
Schließung Sporthalle Buckau		-14.200
Schließung Sporthalle Zielitzer Straße		-14.400
Kulturbüro		
Zuschüsse an Kulturvereine		-77.600
Veranstalt. - Kosten Projekt Kulturstadt MD 2007		-250.000
Budgetrahmen 2008		
Zuschuss: 14.188.500	5.491.300	19.679.800
Sonstige Veränderungen:		
FB 40		
Handball-WM (nur 2007)	-125.000	-200.000
Vorsteuererstattung EGS (nur 2006 aus 2005)	-155.000	
Umverteilt. Betr.-Kosten für Museumsdepot zum FB 41		-22.000
HKK 24 – Überarbeitung Schulplanung		-195.000
HKK 76 – Betreuung Sportstätten		-50.000
Freibäder, Verringerung Zuschuss – HKK 109	148.700	-45.100
Abriss Sporthalle Zielitzer Straße		55.000
Erhöhung Schülerunfallversicherung		238.800
Wochenendschließung Schwimmhalle Nord	-20.000	
Entgelte Volkshochschule – Angebotserweiterung	20.000	
Schülerbeförderung – Tarifierhöhung MVB		144.000
Ausstattung Möbel – Grundschulen, höhere Schüleranzahl (einmalig 2008)		43.000
Übertragung ehem. BBS Am Vogelgesang an freien Träger		-35.500
Zuschüsse an Sportvereine – Entsperrung		83.400
Öffentliche Ausschreibg. lt. Verfügung OB VOL/VOB		-100
Korrektur Haushaltssperre	-2.400	1.000
Erhöhung Energiekosten lt. Vorgabe Eb KGm		1.818.600
Kulturbüro		
Projekt Kulturstadt MD (nur 2007)		-20.000
Zuschüsse an Kulturvereine		77.600
Wegfall Stadtpass – Ausgabereduzierung		-20.000
Team Gesellschaftshaus		
Telemann- Festtage alle 2 Jahre (letztmalig 2006)	351.900	454.300
FB 41 – Museum		
Reduzierung Bewirtschaftungskosten – Wegfall Doppelnutzung Räume Brandenburger Str./ Museumsdepot		-6.700
Wegfall der Umzugskosten Museum für Naturkunde		-23.400
Umverteilung Betr.-Kosten für Museumsdepot vom FB 40		22.000

Sonderausstellung „Spektakel der Macht“ FB 41, Kulturbüro, Team Gesellschaftshaus	289.000	289.000
Erhöhung Energiekosten ges. lt. Vorgabe Eb KGm Amt 44		236.000
Bildung Eigenbetrieb Konservatorium	-993.200	-707.600
Budgetrahmen 2008		
Zuschuss: 16.924.500	4.933.400	21.857.900
Budgetrahmen lt. Mittelanmeldung		
Zuschuss: 16.924.500	4.933.400	21.857.900
Abweichung: 0		

Budget 5 – Soziales, Jugend und Gesundheit		
	Einnahmen	Ausgaben
Budget 2007		
Zuschuss: 7.556.100 EUR	1.614.000	9.170.100
Kürzungen nach Haushaltssperre I0053/07		
1.50000.100000.7 Begutachtungen	8.000	
1.50000.718000.1 Begutachtg. / Zuwendung PRO Familia		-20.100
UA 40010 – Initiativfonds Gemeinwesenarbeit		-51.200
1.45650.770000.6 Orientierungshaus in Trägerschaft		-50.000
1.47000.718000.7 Geschäftsstellen Wohlfahrtsverbände		-42.000
1.47000.718000.7 Freiwilligenagentur		-4.000
1.47100.718000.5 offene Treffs		-163.000
UA 40000 – allg. Kürzungen, z. B. Geschäftsausgaben		-37.000
UA 46820 Geschäftsstelle Jugendring		-43.000
Übertragung Int. Jugendbeg.zentrum Barl. See an das Land		-85.400
Budgetrahmen 2008:		
Zuschuss: 7.052.400	1.622.000	8.674.400
Budgetrahmen lt. Mittelanmeldung		
Zuschuss: 7.595.900	1.565.800	9.161.700
Abweichungen: 548.500	-56.200	487.300
UA 40010 – Initiativfonds Gemeinwesenarbeit		50.200
1.47000.718000.7 Freiwilligenagentur		4.000
1.47100.718000.5 offene Treffs		163.000
UA 46820 Geschäftsstelle Jugendring		43.000
Übertragung Int. Jugendbeg.zentrum Barl. See an das Land		85.400
Mehrausgaben für Bewirtschaftungskosten Amt 50,51,53,V/02		80.100
UA 45610 Mehrausgaben Hilfe für junge Volljährige		105.500
UA 46630 Minderausgaben Kinder- und Jugendnotdienst		-79.400
UA 50000 Mehrausgaben Gesundheitsamt		44.400

UA 43500 Minderausgaben Obdachlosen und Übergangswhg.		-2.500
UA 46500 Minderausgaben Erz., Jug.Fam.beratungsstellen		-7.400
UA 45500 Mehrausgaben Hilfe zur Erziehung		1.100
UA 45400 Mind.ausg. Förd. v. Ki. Tageseinr. u. Tagespflege		-100
UA 45200 Jugendsozialarbeit – Mehreinnahmen vom Land „BIB-MD“	47.000	
UA 46630 Mindereinnahmen Kinder- und Jugendnotdienst	-89.000	
UA 45650 Mindereinnahmen Inobhutnahme	-50.000	
UA 46810 Mehreinnahmen Frühförder- und Beratungsstelle	30.000	
UA 46000 Mehreinnahmen Einrichtg. der Jugendarbeit	2.900	
UA 46020 Mehreinnahmen Int. Jg.begegn.szentrums Barl. See	2.000	
UA 40010 Mehreinnahmen V/02 Soz.-Ges. und Jhplanung	2.000	
UA 43500 Mindereinnahmen Obdachlosen u Übergangswhg.	-900	
UA 43700 Mindereinnahmen Frauenhaus	-200	

Budget 6 – Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

	Einnahmen	Ausgaben
Budget 2007		
Zuschuss: 7.827.600	4.897.100	12.724.700
Kürzungen nach Haushaltssperre I0053/07		
Umsetzung der Anordnung einer Haushaltssperre I0053/07		
Übertragung div. Parkplätze (Wohngebiete) an private Dritte Maßnahme Nr. 45 - Amt 66 -		-10.000
Umzug des Hochbauamtes in Objekt Steinkuhle 6/Baudezern. Maßnahme Nr. 53		-23.200
Budgetrahmen neu:		
Zuschuss: 7.794.400	4.897.100	12.691.500
Budgetrahmen lt. Mittelanmeldung		
Zuschuss. 7.908.600	5.097.200	13.005.800
Abweichungen: 114.200	200.100	314.300
Veränderungen:		
<u>Amt 61</u>		
Mehrbedarf Verbandsumlage f. Zweckverband		48.200
Minderausgaben sächl. Verwaltungs- u. Betriebsaufwand		-1.700
<u>FB 62</u>		
Mehrausgaben sächl. Verwaltungs- u. Betriebsaufwand		2.300
<u>Amt 63</u>		
Mehreinnahmen/Mehrausgaben durch geänderte Bauordnung	200.000	200.000
Minderausgaben sächl. Verwaltungs- u. Betriebsaufwand		-1.600
<u>Amt 65</u>		
Mehreinnahmen aus Handynutzung	100	
Mehrausgaben sächl. Verwaltungs- u. Betriebsaufwand		3.300
<u>Amt 66</u>		

Übertragung div. Parkplätze an private Dritte nicht umgesetzt	10.000
Minderausgaben sächl. Verwaltungs- u. Betriebsaufwand	-2.200
<u>Ämter 61, 65, 66 und FB 62</u>	
Verfügung OB - öffentliche Ausschreibungen VOL/VOB	-6.600
Mehrbedarf Bewirtschaftungskosten	62.600

1.7 Stand Haushaltskonsolidierungskonzept

Mit der Information 0246/07 wird eine Übersicht über den Stand der Beschlussvorlagen nach Beratung durch den Oberbürgermeister gegeben. Bei den neuen Konsolidierungsmaßnahmen, die durch die Landeshauptstadt zu verantworten sind (HKK 107 – HKK 120) ist folgendes Einsparpotential geplant:

- in Tsd. EUR -

	2007	2008	2009	2010	2011
Zielvorgabe lt. DS 0126/07	5.000,0	10.000,0	12.000,0	13.000,0	14.000,0
Einsparpotential lt. I 0246/07	1.000,1	8.749,6	10.838,1	13.338,2	13.739,3
Differenz	-3.999,9	-1.250,4	-1.161,9	338,2	-260,7

Aufgrund der erheblichen Konsolidierungsanstrengungen und den damit verbundenen gravierenden Einschnitten in das Leistungsspektrum der Landeshauptstadt kann die Zielvorgabe gemäß DS 0126/07 bis zum Jahr 2011 knapp erreicht werden (die Vorgabe für das Jahr 2010 wird sogar übertroffen). Unter Berücksichtigung der positiven Effekte der gestiegenen Landessteuern auf die Zuweisungen von Gemeindesteuern (Einkommensteueranteil, Umsatzsteueranteil) an die Kommunen können die Forderungen des Landesverwaltungsamtes nach einem vollständigen Haushaltsausgleich im Jahr 2015 und einem Abbau des strukturellen Defizites bis spätestens 2010 erfüllt werden.

2. Vermögenshaushalt

Wie bereits in den vergangenen Jahren, so gestaltete sich auch in diesem Jahr die Aufstellung des Vermögenshaushaltes 2008 schwierig, da nur wenige neue Investitionen berücksichtigt werden konnten.

Die Grundlage für die Aufstellung des Vermögenshaushaltes bildete der Stadtratsbeschluss vom 15.03.2007 (DS0086/07), welcher die LH MD verpflichtete, keine neuen Kredite für Investitionsvorhaben aufzunehmen. Aufgrund dieser Rahmenbedingung, welche aus den kommunalaufsichtlichen Entscheidungen des LVwA vom 02.02.2007 resultiert, ist der finanzielle Spielraum für Investitionen außerordentlich eng.

Gegenüber dem Haushaltsplan 2006 und der mittelfristigen Finanzplanung 2006 – 2010 beruhen Veränderungen in den einzelnen Vorhaben auf Verschiebungen der Kassenwirksamkeit in die Folgejahre. Neue Investitionsvorhaben konnten nur unter der Rahmenbedingung der „Null-Kredit-Aufnahme“ berücksichtigt werden.

Als Arbeitsgrundlage für die Bilanzierung der Mittel im Vermögenshaushalt wurde von der Verwaltung die bestehende Prioritätenliste des Jahres 2007 (2007 bis 2010) fortgeschrieben und um das Haushaltsjahr 2011 ergänzt. In dieser Investitionsprioritätenliste 2007 – 2010 waren aber nur **Maßnahmen mit Planansätzen untersetzt, die unter die kommunalaufsichtlichen Entscheidungen des**

LVwA vom 02.02.2007 fielen, d. h. es musste eine 70 % Förderung und eine rechtliche Verpflichtung bestehen sowie die zeitliche und sachliche Unabweisbarkeit gegeben sein. Damit waren in der Investitionsliste 2007 – 2010 mittelfristig die **Anlagen**

- Anlage 2 - Erwerb beweglicher Sachen,
- Anlage 4 - Schulsanierung bis 500.000 EUR,
- Anlage 5 - Kindertagesstätten/Sanierung bis 500.000 EUR,
- Anlage 6 - Inv. Maßnahmen an Sportanlagen bis 500.000 EUR,
- Anlage 7 - Siedlungsstraßen,
- Anlage 9 - Deckschichten, Seitenbahnen,
- Anlage 10 - Parkstreifen und Parkeinrichtungen,
- Anlage 11 - Freiflächen, Spielplätze,
- Anlage 12 - Brücken und Bahnübergänge,
- Anlage 13 – Verkehrssicherheitsmaßnahmen,
- Anlage 14 - Sonstige Tiefbaumaßnahmen bis 500.000 EUR

und in der Hauptliste die Maßnahmen – **Arbeitsmarktpolitik, Spezialfahrzeuge für den Rettungsdienst, Hochwassernachsorge, Lärmschutzwand sowie die IUK-Strategie** - in den Haushaltsjahren 2008 – 2010 in den Planansätzen auf „Null“ gesetzt. Diese Verfahrensweise bei der Genehmigung des Haushaltes 2007 ergab für das Haushaltsjahr 2008 einen Überschuss von 3.230.700 EUR. Bei der Erarbeitung des Entwurfes der Investitionsprioritätenliste 2008 – 2011 wurde dieser Überschuss in den Anlagen und bei neuen Maßnahmen (**5 Um- und Ausbauten von Kindertagesstätten, Hochwassernachsorge, Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee, Ausbau des Schleinufers, Ersatzbeschaffungen für den ZOB, Finanzsoftware für die Einführung des NKHR, Lärmschutzwand Lübecker Privatweg**) berücksichtigt.

Die Anlagen der Investitionsprioritätenliste für das Haushaltsjahr 2008 und mittelfristig bis 2011 sind in der nachfolgenden Höhe mit Maßnahmen untersetzt:

- | | |
|---------------|--|
| - 900.200 EUR | Anlage 2 - Erwerb beweglicher Sachen, |
| - 385,000 EUR | Anlage 4 - Schulsanierung bis 500,0 Tsd. EUR, |
| - 272.300 EUR | Anlage 5 - Kindertagesstätten/Sanierung bis 500.000 EUR, |
| - 240.000 EUR | Anlage 6 - Inv. Maßnahmen an Sportanlagen bis 500.000 EUR, |
| - 155.000 EUR | Anlage 7 - Siedlungsstraßen, |
| - 200.000 EUR | Anlage 9 - Deckschichten, Seitenbahnen, |
| - 353.900 EUR | Anlage 10- Parkstreifen und Parkeinrichtungen, |
| - 343.200 EUR | Anlage 11- Freiflächen, Spielplätze, |
| - 300.000 EUR | Anlage 12- Brücken und Bahnübergänge, |
| - 127.800 EUR | Anlage 14- Sonstige Tiefbaumaßnahmen bis 500.000 EUR. |

Dass ein weitaus größerer Bedarf an Investitionsmaßnahmen besteht, stellt die Liste „Neue Investitionsvorhaben 2008 – 2011“ dar. Diese sogenannte „ungedeckte Investitionsliste“ beinhaltet alle wichtigen Investitionen, die nicht in die Investitionsprioritätenliste 2008 – 2011 eingearbeitet werden konnten. Aus dieser „ungedeckten Investitionsliste“ ergibt sich für das Haushaltsjahr 2008 ein Kreditbedarf von 16.139.800 EUR.

In dieser „ungedeckten Investitionsliste 2008 – 2011“ sind z. B. die Maßnahmen **Sanierung der Turnhalle Humboldt-Gymnasium, die Rekonstruktion Kanutrainingstätte Kleiner Werder (Förderung von Bund und Land in Höhe von 85 %), Planungskosten für den Umbau des Stadtarchivs, Planungskosten zur Erstellung der HU-Bau lt. Masterplan KULF, Arbeitsmarktpolitik sowie 1.958.200 EUR für diverse Bauvorhaben des Dezernates VI** enthalten.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die finanziellen Auswirkungen der angemeldeten Investitionen, die bisher **nicht** berücksichtigt werden konnten:

- in Tsd. EUR -

Stand 31.08.2007	2008	2009	2010	2011
neue Investitionen	19.327	16.981	13.085	21.301
Kreditbedarf	16.140	12.683	11.254	14.711

Bei der Aufstellung des Haushaltsplanes 2008 – **Teil Vermögenshaushalt** – stand, wie auch in den vergangenen Jahren, an erster Stelle die Sicherung der Fortführungsvorhaben und der Verpflichtungen, die im Rahmen der Förderprogramme im Städtebau mit Eigenmitteln zu gewährleisten sind.

Mit dem Stand vom 31.08.2007 wurde folgender Finanzrahmen für 2008 des Investitionshaushaltes ermittelt, der diesem vorgelegten Entwurf zu Grunde liegt:

- in Tsd. EUR -

Stand 31.08.2007	2008	2009	2010	2011
Investitionsvolumen	66.334	82.116	71.624	58.782
Kreditbedarf	0	5.276	604	-1.806,8

Diese Beschränkung der Finanzmittel führt zu spürbaren Auswirkungen auf die Investitionstätigkeit der Landeshauptstadt Magdeburg, in dem nur die bisher im Vermögenshaushalt veranschlagten Vorhaben aus dem Haushaltsjahr 2007 weitergeführt bzw. abgeschlossen werden bzw. für neue Maßnahmen, die in den Haushaltsplan 2008 eingestellt werden konnten.

Für 2008 wurde ein Antrag auf Finanzierung des Eigenmittelanteils für finanzierte Vorhaben aus dem Gesetz zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (EntflechtG) gestellt. Im Haushaltsjahr 2007 betraf dieses die Vorhaben (Brücke Sohlener Straße, Berliner Chaussee, Straßenerneuerung MR (E49), Umgehungsstraße Ottersleben und Zollbrücke). Im Jahr 2008 sollen die Vorhaben Brücke Sohlener Straße und Ortsumgehung Ottersleben fortgeführt werden.

Die finanzielle Absicherung der laufenden Bauvorhaben hat bei der Erstellung des Vermögenshaushaltes 2008 höchste Priorität. Hier handelt es sich u. a. um folgende kommunale Bauvorhaben, die es gilt 2008 fertigzustellen bzw. fortzuführen:

- in EUR -

Bezeichnung des Objektes	Gesamtwertumfang	davon 2008
- Sanierung des Stadtteiles Buckau	171.170.900	3.913.700
- Sanierung historischer Stadtkern	73.319.900	2.637.000
- Stadtumbauprogramm Ost – Aufwertung (2003 - 2008)	41.115.900	5.090.400
- Straßenerneuerung MR/E49)	9.712.100	741.700
- Rekonstruktion Sohlener Brücke	4.570.500	700.000
- Brennecke Str./2.BA	3.747.300	634.000
- Berliner Chaussee/Jerichower Str.	6.713.800	1.330.000
- Stadion/Sport-u.Spielh.Umbau	1.241.500	546.000
- Stadion/San.v. 2 Rasenpl./UK	1.928.500	791.500

- Feuerwache Nord	10.045.000	4.550.000
- SekS Weitling, IZBB-Maßnahme	2.815.700	1.031.100
- GS Lindenhof, IZBB-Maßnahme	3.539.700	1.032.500
- SekS T. Müntzer, IZBB-Maßnahme	3.367.500	781.200
-Sanierung Kindertagesstätten		1.748.600
- Sanierung Schulen		3.357.800
		28.885.500

Die Auswirkungen des engen finanziellen Spielraumes führten dazu, dass das Volumen der Baumaßnahmen im Haushaltsjahr 2008 zum Vorjahr rückläufig zu verzeichnen ist. Während im Haushaltsplan 2007 noch 42.800.000 EUR für Baumaßnahmen geplant werden konnten, ist ein Rückgang des Anteiles der Baumaßnahmen im Entwurf 2008 von insgesamt 11.345.000 EUR auf 31.455.000 EUR zu verzeichnen.

Im Entwurf des Vermögenshaushaltsplanes 2008 sind Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 24.765.800 EUR enthalten, die sich wie folgt auf die Einzelpläne verteilen:

- in Tsd. EUR -

Epl.	Gesamt 2008	davon Kassenwirksamkeit/Jahr		
		2009	2010	2011
1	2.070,2	2.070,2	0	0
2	0	0	0	0
4	5.416,0	4.888,9	527,1	
5	1.607,5	1.607,5		
6	15.122,1	12.135,1	1.620,0	1.367,0
8	550,0	550,0	0	0
gesamt:	24.765,8	21.251,7	2.147,1	1.367,0

3. Der mittelfristige Finanzplan und das Investitionsprogramm 2007 – 2011

Mittelfristig wird sich der Investitionsbedarf bis 2011 voraussichtlich wie folgt entwickeln:

- in Tsd. EUR -

	2007	2008	2009	2010	2011
Mittelfristige Entwicklung Haushaltsplan 2007 v. 15.03.2007	70.653	60.775	67.232	64.978	0
Mittelfristige Entwicklung Haushaltsplan 2008 - Entwurf -		66.334	82.116	71.624	58.782

Der Kreditbedarf lt. mittelfristiger Planung 2007 – 2011 entwickelt sich wie folgt:

- in Tsd. EUR -

	2007	2008	2009	2010	2011
Mittelfristige Entw. d. Haushaltsplanes 2007 v. 15.03.2007	0	0	0	0	0
Mittelfristige Entwicklung Haushaltsplan 2008 - Entwurf -		0	5.276	604	-1.806,8

Die eingeplanten Finanzmittel wurden fast ausschließlich für die Fortführung und Fertigstellung von begonnenen Projekten eingeordnet. Dazu gehören u. a. Haushaltsansätze für die Fortführung der Vorhaben, wie der Brennecke Str. 2. BA, Umgehungsstraße Ottersleben, die Sanierung der Brücke Sohlener Straße, die Sanierung von 3 Schulen, die im Rahmen des aufgelegten Programms „IZBB“ Fördermittel erhalten (Zuwendungsbescheide für die GS Lindenhof und SekS T. Müntzer sowie SekS Weitling liegen vor) und der Neubau der Feuerwache Nord.

Entwicklungsmaßnahme Rothensee

Die Kosten- und Finanzierungsübersicht der Entwicklungsmaßnahme Rothensee per 30.06.2006 wurde im Dezember 2006 vom Stadtrat bestätigt.

Mit Schreiben des Landesverwaltungsamtes vom 11.06.2007 wurde die Genehmigung verlängert, Darlehen bis zu einer Höhe von 89.600.000 EUR aufzunehmen. Die Genehmigung ist befristet bis zum 30.09.2007. Mit Schreiben vom 02.08.2006 hat die Landeshauptstadt Magdeburg die Erhöhung des Kreditrahmens um 10.000.000 EUR und eine Verlängerung der Genehmigungslaufzeit bis 30.06.2008 beantragt. Eine Entscheidung dieses Antrages der LH MD wird vom LVwA von der Übersendung der aktuellen Kosten- und Finanzierungsübersicht (mit Stand 30.06.2007) abhängig gemacht.

Diese Entwicklungsprognose trägt insbesondere dem Umstand Rechnung, dass sich die katastrophale Preissituation im Immobilienbereich nicht entspannt hat. Gerade die Veränderungen im Immobiliensektor haben zu einem Aufwuchs des Defizits beigetragen.

Weiterhin hat sich die gesamtwirtschaftliche Situation nicht gebessert. Dennoch wird die Entwicklung im Bereich des Wissenschaftshafens weiter verfolgt. Hier zeichnet sich eine positive Tendenz ab. Schon jetzt sind durch die Ansiedlung im Industrie- und Logistikzentrum Effekte vor allem bei den Gewerbesteuerereinnahmen der Landeshauptstadt zu verzeichnen. Der Anteil der Stadt an der Lohn- und Einkommenssteuer der in diesem Bereich verdienten Löhne und Gehälter ist zahlenmäßig nicht erfassbar, dürfte indes einen nicht vernachlässigbaren Ansatz in der Einnahmeposition der Stadt ausmachen.

Der städtebauliche Erfolg der Entwicklungsmaßnahme macht sich insbesondere an der Bevölkerungsentwicklung in der Alten Neustadt und der Wahrnehmung des Handelshafens durch die Bürger der Stadt insgesamt fest. Dazu zählt auch die Hochbaumaßnahme „**Speicher als Denkfabrik**“. Sie ist im Jahr 2007 das zentrale Projekt der Entwicklungsmaßnahme Rothensee, Handelshafen. Die Denkfabrik soll zukünftig als Zentrum für wissenschaftliche und wissenschaftsnahe Einrichtungen im Wissenschaftshafen fungieren. Der Wissenschaftshafen ist mit den bereits angesiedelten Einrichtungen bereits in der Entstehung begriffen und die Aufnahme in die Internationale Bauausstellung des Landes Sachsen-Anhalt belegt das hohe Entwicklungspotential und die Perspektiven des Gebietes. Mithin muss festgestellt werden, dass die Entwicklungsmaßnahme städtebaulich erfolgreich ist und die Ansiedlungen in der Entwicklungszone I ein wirtschaftliches Fundament bilden. Mit der Einführung des neuen kommunalen Haushaltsrechts in der Stadtverwaltung werden zukünftig die Vermögenswerte der Entwicklungsmaßnahme Rothensee deutlicher erfasst. Die Entwicklungsmaßnahme Rothensee hat zu Vermögenszuwächsen geführt, die infrastrukturell und städtebaulich für die Stadt nachhaltig sein werden.

Die Einflussnahme des Entwicklungsträgers auf die zuvor genannten unzureichenden objektiven wirtschaftlichen Gegebenheiten, die das Ergebnis minimieren, sind gering. Dennoch wurde im Rahmen der Konsolidierungsbemühungen seitens der Partner KGE und Landeshauptstadt durch Absenkung des Honoraraufwandes ab dem Jahr 2006 um 10 % versucht, dem negativen Trend

des Defizits gegenzusteuern. Ferner ist der jährliche Stundenaufwand für die Jahre 2006 und 2007 festgeschrieben worden. Dies führt zu einer Entlastung des Treuhandvermögens.

Der Zeitpunkt der Übernahme der Entwicklungsmaßnahme Rothensee kann aus heutiger Sicht nicht eindeutig bestimmt werden. Es ist auf jeden Fall sinnvoll, die Entwicklungsmaßnahme Rothensee nach 2012 im Hinblick auf die weitere Akquirierung von Fördermitteln weiterzuführen. In §§ 169 Abs. 1 Ziff. 9, 164 a BauGB ist festgelegt, dass für die Entwicklungsmaßnahmen vorrangig Städtebaufördermittel einzusetzen sind. Durch diese gesetzlichen Bestimmungen wird garantiert, dass an die Entwicklungsmaßnahmen vorrangig Fördermittel ausgereicht werden. Aus diesem Grund ist eine möglichst lange Laufzeit einer Entwicklungsmaßnahme zweckmäßig. Durch das Prinzip der Vorfinanzierung ist es möglich, die Städtebaufördermittel schon jetzt einzusetzen, die dann aber erst später in den Folgejahren ausgezahlt werden. Würde eine Entwicklungsmaßnahme also kurzfristig beendet werden, so würde noch ein Anspruch auf Auszahlung von weiteren Städtebaufördermitteln bestehen. Je länger eine Entwicklungsmaßnahme andauert, desto mehr Städtebaufördermittel können abgeschöpft werden.

In diesem Zusammenhang zeigen Erfahrungen anderer Kommunen, insbesondere in den alten Bundesländern, dass erst nach Ablauf von großen Zeiträumen mit einem positiven Ergebnis zu rechnen ist.

PPP – Modell

Seit Januar 2005 wurden die Bedingungen und Möglichkeiten für die komplexe Sanierung von 20 Schulstandorten in der Landeshauptstadt Magdeburg durch die Beraterfirma SNPc untersucht.

Die ermittelten Daten (Investbedarf, laufende Betriebskosten) flossen in den Wirtschaftlichkeitsvergleich ein. Der Vergleich der Aufwände zwischen Eigenerledigung und PPP-Variante wies einen Kostenvorteil von 8,43 % zu Gunsten des PPP-Modells nach. Diese Einsparung resultiert u.a. aus dem komplexen Sanierungsvolumen und beachtet die bereits im Vorfeld durchgeführte Privatisierung der Reinigung der Schulen und Betreuung der Wärmeerzeugeranlagen.

Auf der Grundlage des Wirtschaftlichkeitsvergleiches wurde die DS0258/07 erstellt, die im Paket 5 Schulen zur Sanierung und Bewirtschaftung enthält. Die Laufzeit in Hinblick auf die Investitionsfinanzierung beträgt insgesamt 30 Jahre einschließlich der Planungs- und Bauzeit. Die Schulen sollen dann im August 2009 in saniertem Zustand für den Schulbetrieb zur Verfügung gestellt werden, verbleiben aber im Eigentum der Stadt. Die Bewirtschaftung durch den Investor ist für 20 Jahre vertraglich vereinbart.

Deckung der Finanzierung für Zins- und Tilgungszahlungen:

Im Jahr 2006 wurde eine zweckgebundene Rücklage zur Finanzierung der Zinsen und Tilgungen für das PPP-Vorhaben der LH MD gebildet. Im Jahr 2006 erfolgte die Zuführung an die Rücklage in Höhe von 6.524 Tsd. EUR und im Jahr 2007 in Höhe von 3.100 Tsd. EUR. Für 2008, 2009 und 2010 sind Zuführungen in Höhe von insgesamt 8.700 Tsd. EUR geplant.

Zur Finanzierung von Zins und Tilgung stehen somit im Jahr 2010 (abzüglich der 1. Rate im Jahr 2009 = 1.078 Tsd. EUR) 18.324 Tsd. EUR zur Verfügung.

Deckung der Finanzierung für Betrieb und Instandhaltung:

Die veranschlagten Kosten in Höhe von 2.309 Tsd. EUR werden aus der ermittelten Betriebskostenabrechnung 2006 für die o.g. Schulen in Höhe von 1.405 Tsd. EUR mittelfristig zur Betreuung der Schulen eingeplant und zur Deckung herangezogen. Der verbleibende Restbetrag in Höhe von 904 Tsd. EUR soll über Konsolidierungsmaßnahmen ab dem Jahr 2009 gedeckt werden.

3. Entwicklung der Kassenlage im Haushaltsjahr 2008

Mit dem Entwurf der Haushaltssatzung 2008 wird im § 4 der Höchstbetrag der Kassenkredite auf 220,0 Mio. EUR festgesetzt.

Anlagen:

- Anlage 1 – Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Magdeburg für das Haushaltsjahr 2008
- Anlage 2 – Mittelfristige Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben 2007 bis 2011
- Anlage 3 – langfristige Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Verwaltungshaushalte 2007 bis 2015
- Anlage 4 – Entwicklung wesentlicher Einnahmen, Ausgaben und Personalkosten des Verwaltungshaushaltes
- Anlage 5 – Budgetrahmen für den Haushaltsplan 2008 – Verwaltungshaushalt
- Anlage 6 – Wirtschaftspläne der städtischen Gesellschaften
- Anlage 7 – Budget im Vermögenshaushalt für den Erwerb beweglicher Sachen
- Anlage 8 – Verpflichtungsermächtigungen 2008 – nach Einzelplänen
- Anlage 9 – Investitionsprioritätenliste 2008 bis 2011; Stand 31.08.2007
- Anlage 10 – Liste „Neue Investitionsvorhaben 2008 – 2011“; Stand 31.08.2007